

Stoppt der Mindestlohn die Lohnsklaverei?

Von Wilhelm Schmülling



„Mindestlohn und kein Ende.“ So beschreibt Christoph Keese, der Chefredakteur der WELT AM SONNTAG, das Dauerthema der letzten Monate. Auch unsere Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT und unsere Gesprächsrunden haben den Mindestlohn schon des Öfteren thematisiert. Nicht ohne Grund.

Zunächst wurde dieser Begriff durch die Dumpinglöhne der Bauarbeiter – insbesondere aus Polen – zum politischen Thema. Die Folge war das sogenannte Entsendungsgesetz, das für Bauarbeiterlöhne eine Untergrenze festsetzt, auch für Arbeiter, die bei ausländischen Firmen angestellt sind, aber in Deutschland arbeiten. In ähnlicher Weise wurden solche Bedingungen auf das Reinigungs- und Hotelgewerbe ausgeweitet und nun auf Postmitarbeiter. Ab dem 1. Januar 2008 gilt die Lohnuntergrenze für Briefzusteller. Nun gelten in der jeweiligen Branche die Tarifverträge nicht nur zwischen den Mitgliedern der Tarifpartner, sondern für alle. Der Schritt hin zu staatlich festgesetzten Löhnen ist damit programmiert.

Über diese politisch/ökonomischen Hintergründe hinaus, hat das Thema Mindestlohn den Wahlkampf erfasst. Der Mindestlohn wird instrumentalisiert. Zunächst von der SPD. Sie drängte der CDU das Thema auf. Diese reagierte als Ablenkungsmanöver mit dem Thema Jugendkriminalität. Gleichwohl werden in den Medien Professoren für das Für und Wider in der Mindestlohndebatte eingesetzt.

Die Gewerkschaften präferieren einen Mindestlohn von 7,50 Euro, wobei ihnen vorgeworfen wird, dass sie selbst schon Verträge unter 7,50 Euro abgeschlossen haben. Müntefering war einer der Hauptverfechter dieser Forderung. Allerdings warnt auch er vor Auswirkungen, die insbesondere Familien mit zwei Kindern treffen könnten. Zitat: „Wenn das kommt, geht der Familienvater als Alleinverdiener mit zwei Kindern mit weniger Geld nach Hause als der, der Arbeitslosengeld II bekommt.“ (WaS 6.1.08) Bei dieser einfachen generellen Lösung scheinen viele Auswirkungen noch nicht berücksichtigt worden zu sein.

Doch die WaS schreibt weiter, dass erstmals seit fünf Jahren wieder neue Arbeitsplätze entstehen. Sie jubelt geradezu. Zitat: „Die Arbeitslosigkeit sinkt von Monat zu Monat, die Bundesagentur häuft Milliardenüberschüsse an.“ Vorsicht bei solchen Zitaten! Betrifft die sinkende Arbeitslosigkeit Vollarbeitsplätze? Keineswegs.

Dazu berichtet die ZEIT über Gerd Rudolf: „Offiziell zählt der 66-jährige nicht zu den Arbeitslosen, weil er auf einer ABM-Stelle sitzt. ... Aber in sie-

ben Monaten endet die Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.“ Er wurde also nur „geparkt“ – auch um die Statistik zu schönen. Dann geht’s wieder zurück zu Hartz IV.

Immer noch haben wir trotz „sinkender Arbeitslosigkeit“ 3,5 Millionen Arbeitslose, aber „mehr als sieben Millionen hängen am Tropf von Hartz IV, ihre Ehepartner und Kinder, aber zunehmend auch Berufstätige, die zwar einen Job haben, aber keinen Lohn, der zum Leben reicht.“ (DIE ZEIT Nr. 51)

Für diese arbeitenden Menschen hat man eine Möglichkeit geschaffen, unterhalb von Hartz-IV-Sätzen weiter zu arbeiten, aber das nicht zum Leben reichende „aufzustocken“, von Steuergeldern selbstverständlich. Für die Betroffenen ist das hilfreich, für die Arbeitslosenstatistik ebenfalls. Schon im Jahr 2005 waren das 2,1 Millionen Menschen. Man ist stolz darauf, dass heute 40 Millionen Menschen erwerbstätig sind. Zu ihnen gehören allerdings auch die sog. Aufstocker.

Kürzlich hat das Bundesverfassungsgericht die Struktur der Jobcenter verworfen, die bekanntlich aus kommunalen Ämtern besetzt werden

und aus den Arbeitsämtern. Die „Chaosjahre“, so bezeichnet man die ersten beiden Jahre nach Einführung von Hartz IV, könnten dann wieder Realität werden, wenn wiederum ganz neue Verwaltungseinheiten geschaffen werden müssen. Man warnt vor ständigen Umbauten, weil man noch nicht einmal ermittelt hat, welche Reformen sich wirklich bewährt haben.

Schon bei diesen kurzen Situationsbeschreibungen erkennt man die Unmöglichkeit der Behörden, die Arbeitslosigkeit über die Hartz-IV-Reformen wesentlich zu verringern. Kein Wunder. Denn alle Maßnahmen sind Symptombehandlungen. In der Medizin versteht man darunter Erkennungszeichen einer bestimmten Krankheit. Kein guter Arzt wird solche Symptome allein behandeln, sondern die Ursache ausschalten.

Was für den Körper gilt, gilt auch für den sozialen Organismus. Er ist eingebunden in eine Gesellschaftsordnung, in der ein Mensch mehr oder weniger auf andere Menschen angewiesen ist. Wirtschaften heißt, nicht nur für sich, sondern auch für andere zu arbeiten. Man spricht deshalb von Arbeitsteilung. Schon in Zeiten der Tauschwirtschaft waren die Menschen aufeinander angewiesen, wenn auch nur in Familien oder Stämmen.

Mit der Bevölkerungszunahme stiegen auch die Schwierigkeiten beim direkten Tausch von Waren. Allmählich bildeten sich allgemein anerkannte Tauschwaren heraus, die den Handel erleichterten. In den ersten Agrarwirtschaften war es das Vieh. Pecunia ist das lateinische Wort für Reichtum, Vermögen, abgeleitet von pecus, das Vieh. Römische Münzen zierten einen Stierkopf. Noch heute spricht man von pekuniären Verhältnissen. Allmählich formte man kleinere Münzen, die oft aus Edelmetallen hergestellt wurden. Sie wurden allgemein als „wertvoll“ angesehen, was ja eine Illusion ist, aber als Tauschmittel waren sie für den Handel ein Anstoß zu überregionalem Wirtschaften. Die Tauschwirtschaft wurde

allmählich von der Geldwirtschaft abgelöst. Ganz langsam wurden nackte Existenzsorgen von etwas gesicherteren Lebensumständen überwunden.

Waren aber mit zunehmender Arbeitsteilung alle Sorgen beseitigt? Keineswegs. Neue Probleme stellten sich ein, jetzt im Zusammenhang mit der Geldwirtschaft, mit dem Geld an sich. Eine Geldordnung, wie wir sie heute als Humanwirtschaftler anstreben, gab es nicht und gibt es bis heute nicht. Sie zu erreichen, ist unsere Aufgabe. Dieses Ziel bedeutet die Abkehr von Symptombehandlungen und den Weg hin zur Ursachenbeseitigung.

Der Übergang ist allerdings fließend. Deshalb müssen wir den Geschädigten der heutigen vom Kapital dominierten Wirtschaft helfen, sowohl um Minimallohne zu vermeiden als auch den Arbeitslosen den Wiedereinstieg in die Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Dies alles, ohne das Ziel der Ursachenbeseitigung aus den Augen zu verlieren.

Hilft dabei der Mindestlohn?

„Mögliche Reaktionen der Unternehmen auf die Einführung eines wirksamen Mindestlohns mit Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt sind vor allem Rationalisierungsmaßnahmen zur Ersetzung des Faktors Arbeit durch Maschinen (Automatisierung) sowie die Verlagerung von Produktion und Investitionstätigkeit ins Ausland.“ (Wikipedia)

„Ein Mindestlohn untersagt Arbeitsverhältnisse, die sowohl vom Arbeitgeber als auch vom Arbeitnehmer freiwillig eingegangen worden wären, und von dem sich beide Seiten Vorteile versprochen hätten. Da in der Praxis eine Beschäftigung zum vereinbarten Lohn möglich ist, wird eine Zunahme von illegaler Beschäftigung und unbezahlten Überstunden befürchtet.“ (Wikipedia)

In der Zeitschrift HUMANWIRTSCHAFT Januar 2008 erschien von Jörg Gude eine Abhandlung zum Mindestlohn, die zu keiner Schwarz/Weiß-Aussage kommt. Er spricht von einem Gleichgewichtslohn, zu dem Unterneh-

mer bereit sind, Arbeitskräfte einzustellen und die Arbeitssuchenden bereit sind, die Arbeit aufzunehmen.

Wird nun ein Mindestlohn unter dem im freien Markt ermittelten Gleichgewichtslohn festgesetzt, wird zu diesem Mindestlohn keine Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme bestehen. Folglich ist ein solcher Mindestlohn unwirksam. In den 70er und 80er Jahren waren Tariflöhne in der Druckindustrie eine Untergrenze, ein Mindestlohn gewissermaßen, zu dem keine neuen Mitarbeiter eingestellt werden konnten. Übertarifliche Löhne waren die Regel. Die Fachwelt spricht von Lohndrift.

Wird aber der Mindestlohn höher als der Gleichgewichtslohn festgesetzt, so müssen die Mindestlöhne auf das höhere Niveau angehoben werden. Die Reaktionen der Unternehmer darauf werden eine verstärkte Ausweitung von maschineller Produktion sein – bei Reduzierung der Mitarbeiterzahlen.

In beiden Fällen sind staatliche Eingriffe gut gemeinte Aktionen, um mit Mindestlöhnen eine Lohnsklaverei zu verhindern. Kurzzeitig mag das sogar gelingen. Aber über kurz oder lang werden die Marktverhältnisse, das heißt Hochkonjunktur oder Depression, bestimmen, wie hoch das Lohnniveau sein wird.

Hier kommen wir wieder auf den Wissenschaftler Jörg Gude zurück, der dafür plädiert, statt die Auswüchse unserer heutigen neoliberalen Wirtschaftsordnung durch Sozialpflasterchen oder Zwangsmaßnahmen zu mildern, die Ursache in unserer heutigen Geldordnung zu erkennen und dem Geld „Beine zu machen“ – für Investitionen. Denn eine Voll-Erwerbswirtschaft hängt nicht von staatlichen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ab, sondern von einer stetigen Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen, nicht nach immer neuen Renditen außerhalb der Realwirtschaft.

Weiter mit Sozialpflasterchen oder eine grundsätzliche Reform der Wirtschafts- und Geldordnung, das ist hier die Frage. ■